

Berlin, 21. September 2026 – Pressemitteilung

BKMO nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin: Bund und Länder müssen jetzt Schutz, Beratung und Teilhabe für Menschen mit Migrationsgeschichte absichern

Nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin fordert die *Bundeskonzferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO)* Bund und Länder auf, jetzt konkrete Vorsorge für Menschen mit Migrationsgeschichte zu treffen. In Mecklenburg-Vorpommern wurde die AfD mit 38,2 Prozent (2021: 16,7%) stärkste Kraft. In Berlin erreichte sie 16,3 Prozent (2023: 9,1%) und landete hinter Linke (25,7%) und CDU (18,8%) auf Platz drei. Zwei Wochen nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, wo die AfD mit 43,8 Prozent stärkste Kraft wurde, zeigt sich: Es geht nicht um einzelne Länder, sondern darum, ob der Schutz von Grund- und Menschenrechten überall in Deutschland gleich verlässlich gilt. Auch das im Vergleich deutlich niedrigere Ergebnis in Berlin ist keine Entwarnung: Die AfD hat ihren Stimmenanteil dort gegenüber 2023 um mehr als sieben Prozentpunkte gesteigert.

Wahlergebnisse sind zu respektieren. Staatliches Handeln bleibt aber an Verfassung und Grundrechte gebunden, unabhängig davon, welche Mehrheiten sich bilden.

Was das im Alltag bedeutet, zeigt Sachsen-Anhalt: Das dortige Landesnetzwerk *LAMSA* meldet seit dem Wahlabend deutlich mehr besorgte Anfragen zu Aufenthaltsstatus, Sicherheit und Zukunftsperspektiven. Aus Mecklenburg-Vorpommern hatte der *Flüchtlingsrat* schon vor der Wahl berichtet, dass Beratungs- und Ehrenamtsstrukturen unter erheblichem Druck stehen und Landesmittel für 2027 vielfach noch nicht bestätigt sind.

„Die Menschen, die sich bei unseren Mitgliedsorganisationen melden, fragen nicht nach Koalitionsarithmetik. Sie fragen: Bin ich hier noch sicher? Wer hilft mir, wenn ich bedroht werde? Kann ich mit meiner Familie woanders neu anfangen, wenn es nötig wird? Auf diese Fragen brauchen sie Antworten, bevor etwas passiert, nicht danach“, sagt **Karen Taylor, Co-Vorstandsvorsitzende** der BKMO.

„Niemand sollte sich aus Angst vor Bedrohung fragen müssen, ob er sein Zuhause verlassen muss. Schutz und verlässliche Beratung dürfen nicht vom Wohnort abhängen. Die Länder müssen Beratungsstrukturen dauerhaft sichern und verbindlich vereinbaren, wie Betroffene im Ernstfall schnell Hilfe erhalten“, erklärt **Ehsan Djafari, Co-Vorstandsvorsitzender** der BKMO.

Die BKMO fordert von Bund und Ländern:

1. **Länderübergreifende Vorsorge mit festen Ansprechstellen.** Jedes Land muss eine erreichbare Stelle für Menschen benennen, die sich bedroht fühlen. Gleichzeitig sollten Ministerpräsident*innen-, Innen- und Integrationsministerkonferenz eine koordinierte Reaktion abstimmen. Die BKMO unterstützt damit den offenen Brief der *LAMSA* an den Bundesrat, der von den Ländern bislang kaum beantwortet wurde.
2. **Freiwillige Aufnahmeprogramme und Umzugshilfen prüfen.** Die Länder sollten rechtlich und praktisch klären, wie Menschen, die sich an ihrem Wohnort nicht mehr sicher fühlen, in ein anderes Bundesland wechseln können: mit Umzugskostenhilfe, Wohnraum, Schul- und Kitaplätzen, Anerkennung von Arbeitsverhältnissen und einer zügigen Aufhebung von Wohnsitzauflagen in Härtefällen.



3. **Beratungs- und Schutzstrukturen jetzt absichern.** Mecklenburg-Vorpommern und Berlin müssen zügig mehrjährige Förderzusagen für Antidiskriminierungs-, Opfer-, Asylverfahrens- und community-basierte Beratung geben. Außerdem sollte der Bund, die im Haushaltsentwurf 2027 vorgesehenen Kürzungen zurücknehmen, etwa bei der Asylverfahrensberatung (-79,6%) und beim Programm „Menschen stärken Menschen“ (-96,1%).

Von den demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern, wo die AfD stärkste Kraft wurde, erwartet die *BKMO* zudem klare Abgrenzung: keine Koalition, keine Tolerierung und keine Mehrheiten, die auf Stimmen der AfD bauen. In Berlin dürfen zudem mehr als 600.000 Menschen mit Drittstaatsangehörigkeit weder das Abgeordnetenhaus noch die Bezirksverordnetenversammlungen wählen. Die *BKMO* fordert seit Jahren ein Wahlrecht für alle, die dauerhaft hier leben.

Über die BKMO: Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) ist ein bundesweites Netzwerk von über 70 migrantischen und postmigrantischen Initiativen. Sie setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und eine offene, demokratische Gesellschaft ein.

